

STREIFZÜGE

Burg

Walhall
der Filmkunst

Im Namen spiegelt sich die deutsche Kulturgeschichte wider. Zur Kaiserzeit wurde das erste Kino der Stadt Burg im Jerichower Land „Walhalla“ genannt. Nachdem das Gebäude eines Tages abbrannte, hieß der am 3. Juni 1911 eröffnete Neubau, bei dem man auf „schnelle Entleerungsfähigkeit“ achtete, „Lichtspiele/Palast-Theater“. Später änderte die DDR den Namen „auf Wunsch und Vorschlag der Werktätigen“ in „Theater des Friedens“ um – ein Palast entspreche nicht ihren Vorstellungen. Nach der Wiedervereinigung wurde es zum „Burg Theater“, wie die Stadt, aber auch wie der Name des größten deutschsprachigen Sprechtheaters in Wien.

Wichtiger noch als der Name ist dessen Geschichte. Ein Förderverein mit dem schönen Namen „Weitblick“ wurde im Herbst, mit Hilfe einer örtlichen Bank, zum Träger und rettete den ältesten durchgängig betriebenen Kinobau Deutschlands. Anderswo gingen die Kinos unter oder wurden nach Jahren des Verfalls wiederbelebt wie just der „Weltspiegel“ in Cottbus. Dieser war vielleicht prachtvoller, aber einige Monate jünger als die innerhalb von nur dreizehn Wochen erbaute „Burg“. Bis dahin waren Filme nur auf Jahrmärkten, in Kneipen oder Theatern zu sehen. In der Kleinstadt aber entschloss sich ein Ingenieur vor gut einem Jahrhundert zum Zweckbau.

Auch die neuen Betreiber des Kinos verfügen über diesen Wagemut, denn sie leben in einer Region, die von der Abwanderung der Jugend gezeichnet ist. Sie öffnen sich Neuem, indem sie das Kinoprogramm auf Twitter und Facebook bekanntgeben. Im Verein arbeiten vor allem junge Menschen, die Kino lieben und sich ein zweites Wohnzimmer schaffen wollten, etwa mit einer in den Kinosaal integrierten Bar. Nur wer eine Eintrittskarte hat, darf dort sein Bier trinken, von Ehrenamtlichen ausgeschenkt. Alle sechs Vorstandsmitglieder des Vereins sind in den Zwanzigern – Studenten der Theologie oder der Pharmazie, aber auch ein Videotechniker und ein Volkswirt. Sie kümmern sich um die Sanierung des Dachs und die Einführung digitaler Vorführtechnik. Und sie widerlegen mit ihrem Engagement das Gefühl, das nordöstliche Sachsen-Anhalt sei eine sterbende Region.



„Burg“ mit Bar

ROBERT VON LUCIUS

Heute

Präsidentialer Sinneswandel

Perus neuer Präsident hat seit seinem Amtsantritt keine großen Fehler gemacht. Er agiere geschickt, sagen auch seine Kritiker. Doch die, die ihn gewählt haben, wenden sich von ihm ab. **Politik, Seite 5**

Gerüchte wie Rauschgift

Was ist ein Gerücht? In China ist diese Frage derzeit gar nicht so eindeutig zu beantworten. Denn die chinesische Führung hat den „Gerüchten“ den Kampf angesagt, genauer: den „Internetgerüchten“. **Politik, Seite 6**

In der Wüste gefoltet

Etwas 5000 Menschen im Jahr flüchten über die Sinai-Halbinsel nach Israel. Der Weg ist kurz und billig, aber lebensgefährlich. Denn dort warten Schlepper, die sie erpressen und misshandeln. **Politik, Seite 6**

Der Karl kennt Stuttgart

Am vergangenen Wochenende kam dem Verdacht auf, Karl Lagerfeld könne das Kaufhaus Breuninger nicht kennen. Seine Zeichnung für uns zeigt: Er kennt es doch. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Jo mei, der Schuhbeck

Alfons Schuhbeck arbeitet jetzt auch für McDonald's. Der Test in Frankfurt ergibt, dass seine Kreativität auch nicht viel besser sind als das, was man dort sonst so isst. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Deflation

Auf dem SPD-Parteitag warnte Helmut Schmidt in seiner Rede vor Steuererhöhungen – und wurde begeistert beklatscht. Doch dann beschloss der Parteitag ebensolche Erhöhungen. **Zeitgeschehen, Seite 10**



Fortsetzung von Seite 1

Putin beschuldigt den Westen

Zum Ausgang der Parlamentswahl vom Sonntag, bei der die von Putin geführte Partei Einiges Russland rund zwölf Millionen Stimmen weniger als vor vier Jahren erhalten hatte und insgesamt 49,5 Prozent Zustimmung – 15 Prozentpunkte weniger als bei der vergangenen Parlamentswahl – verzeichnen konnte, sagte Putin, das Ergebnis sei gerecht. Russische Wahlbeobachter wie die von „Golos“, die außerparlamentarische Opposition und auch die im bisherigen und im künftigen Parlament vertretenen systemkonformen Oppositionsparteien sind sich dagegen sicher, dass das Ergebnis zugunsten von Einiges Russland gefälscht worden sei. Der Duma-Abgeordnete Gennadij Gudkow von der Partei Gerechtes Russland sagte, es sei ein großer Fehler gewesen, dass die Führung nach den ersten Anzeichen von Fälschungen nicht sofort eine Überprüfung der Protokolle von den Stimmenauszählungen in einer ganzen Reihe von Wahllokalen und der Wahlergebnisse in einigen Regionen

angeordnet habe. Die Proteste in Moskau und Sankt Petersburg seien die Folge dieses Versäumnisses gewesen.

Auf die Proteste in Moskau und einigen anderen Städten nach der Wahl eingehend, in deren Verlauf allein in Moskau etwa tausend Menschen festgenommen wurden, sagte Putin, solange sich die Bürger an das Gesetz hielten, stehe ihnen das Recht zur öffentlichen Meinungsäußerung zu. Einige der Organisatoren der „Straßendemokratie“ verfolgten jedoch eigennützige politische Ziele. Die Sicherheitskräfte hätten dafür zu sorgen, dass der von der Verfassung und dem entsprechenden Gesetz vorgegebene Rahmen bei Demonstrationen nicht überschritten werde. Die Menschen in Russland lehnten eine Entwicklung wie in Kirgistan oder wie seinerzeit in der Ukraine ab und seien gegen Chaos.

Präsident Medwedjew, der in Russland Berichte über Wahlfälschungen bislang als Unsinn abgetan hat, sagte am Donners-

tag in Prag, alle Vorwürfe, die wegen möglicher Fälschungen von Wahlergebnissen erhoben würden, müssten genau geprüft werden. Jetzt gehe es vor allem darum, die Gemüter zu beruhigen und der neuen Duma die Möglichkeit zu geben, die Arbeit aufzunehmen. Er gab sich überzeugt, dass das Wahlergebnis die parteipolitischen Präferenzen der Bevölkerung zutreffend widerspiegeln.

Die Bewegung „Solidarnost“ hat unterdessen für Samstag zu einer weiteren Kundgebung auf dem Revolutionsplatz im Zentrum Moskaus nahe dem Kreml aufgerufen, nachdem die Behörden die Genehmigung erteilt hatten. In den sozialen Netzen im Internet sollen bereits fast 40 000 Menschen ihre Teilnahme zugesagt haben. Dem Vernehmen nach dringt der Inlandsgeheimdienst FSB darauf, diese Segmente im Internet lahmzulegen. Am Tag vor der Wahl und danach hatten angeblich unbekannte Hacker die Blockierung unliebsamer Internetseiten übernommen.

Keine Annäherung bei Raketenabwehr

Nato: System nicht gegen Russland gerichtet / Lawrow fordert überprüfbareren Vertrag

nbu. BRÜSSEL, 8. Dezember. Ein Jahr nachdem die Nato und Russland eine neue Partnerschaft verabredet haben, ist ihr wichtigstes Kooperationsvorhaben weiter erfolglos. Am Donnerstag tagte in Brüssel der Nato-Russland-Rat, ohne dass der geringste Fortschritt im Streit über den Aufbau einer europäischen Raketenabwehr zu erkennen war. Beide Seiten wiederholten ihre bekannten Standpunkte, Kompromisslinien wurden nicht bekannt.

Außenminister Westerwelle sagte nach der Sitzung, er werde dafür, dass der „Aufbruch von Lissabon“ nicht versande. Die Raketenabwehr sei eine Chance, beide Seiten zusammenzubringen. „Sicherheit kann es in Europa nicht geben, sondern nur mit Russland geben.“ Die Nato und Russland hatten im November 2010 auf einem Gipfeltreffen in Lissabon eine neue Zusammenarbeit vereinbart, die auch die Raketenabwehr umfassen soll, die vom Bündnis derzeit in Europa errichtet wird. Nato-Generalsekretär Rasmussen bekräftigte am Donnerstag noch einmal, dass

das System nicht gegen Russland gerichtet sei, weshalb die Allianz den Russen eine Partnerschaft anbiete. „So können sie es mit ihren eigenen Augen sehen.“ Er erneuerte das Angebot, zwei gemeinsame Zentren einzurichten, in denen Daten ausgetauscht, Übungen vorbereitet und Bedrohungen analysiert werden könnten. Auch die amerikanische Außenministerin Clinton sagte, das System schwäche die strategische Abschreckung Russlands nicht, sondern richte sich gegen Länder wie Iran. Sie hob hervor, dass die Nato den Aufbau trotz des russischen Widerstands fortsetzen werde.

Der russische Außenminister Lawrow hielt dagegen, dass das System große Teile des Territoriums seines Landes erfasse. Als „ein Beispiel unter vielen“ nannte er die Errichtung eines neuen Radars in der Türkei, das in Richtung Süden (wo die Nato Bedrohungen sieht) genauso weit reiche wie ein bereits existierendes Gerät in dem Land. Das neue Radar decke aber zugleich einen „substantiellen Teil“ des russischen Staatsgebiets ab. Lawrow be-

kräftigte die russische Forderung nach einem völkerrechtlichen und überprüfbareren Vertrag, in dem die Nato Verpflichtungen eingehen soll, dass Russland durch das neue System nicht bedroht wird. „Freundliche Absichten kommen und gehen, militärische Fähigkeiten bleiben“, sagte er zur Begründung.

Die Nato lehnt einen solchen Vertrag bisher ab, weil er in den Vereinigten Staaten als schwer zu ratifizieren gilt. Mit Bedauern wurde in der Allianz die jüngste Verschärfung der Wortwahl registriert. Der russische Präsident Medwedjew hatte der Nato mit der Stationierung von Atomraketen in Kaliningrad (Königsberg) gedroht, sollte keine Einigung über die Raketenabwehr zustande kommen. Rasmussen sagte, das erinnere ihn an die vergessenen geglaubten Tage der Konfrontation. Positiv bewerteten beide Seiten ihre Zusammenarbeit in Afghanistan, beim Einsatz gegen Piraten und bei der Terroristenabwehr. Lawrow verlangte allerdings mehr Anstrengungen beim gemeinsamen Antidrogenprojekt.

Fortsetzung von Seite 1

Briefbombe an Josef Ackermann

Auch zu einem vereitelten Briefbombenanschlag auf ein Hochsicherheitsgefängnis in Athen im März dieses Jahres bekannte sich die FAI, ebenso zu Anschlägen auf die Botschaften Chiles und der Schweiz in Italien am Tag vor dem Heiligen Abend 2010. Zwei Menschen waren dabei verletzt worden.

Der wattierte DIN-A5-Briefumschlag war nach Angaben von LKA und der Frankfurter Staatsanwaltschaft an „Herrn Dr. Ackermann“ persönlich adressiert. Mitarbeiter der Poststelle hatten ihn als verdächtig abgefangen. Nach dem Röntgen des Briefes in der Deutschen Bank erhärtete sich der Verdacht, weil der Umschlag Drähte und Metallteile enthielt, die auf eine Zündvorrichtung mit Auslöser hindeuteten. Nachdem die Polizei gegen 12 Uhr mittags in-

formiert wurde, entschärften Spezialisten des LKA den Sprengsatz. Aus Sicherheitskreisen hieß es, dass der Sprengsatz beim Öffnen des Umschlages schwerste oder gar tödliche Verletzungen und Verbrennungen an Oberkörper, Gesicht und Händen verursachen hätte können.

Die Deutsche Bank habe die Mitarbeiter an allen Standorten informiert und die Sicherheitsvorkehrungen erhöht, sagte ein Bank-Sprecher. Auch der Finanzplatz New York und die dortige Niederlassung der Deutschen Bank befinden sich nach dem Bombenfund in Frankfurt in erhöhter Alarmbereitschaft. Eingeschaltet hat sich die amerikanische Bundespolizei FBI. Der 63 Jahre alte, gebürtige Schweizer Josef Ackermann führt seit neuneinhalb Jahren die Deutsche Bank.

BKA nimmt Islamisten fest

Halil S. soll Düsseldorfer Zelle unterstützt haben

pca. BERLIN, 8. Dezember. Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Grenzschutzgruppe 9 der Bundespolizei haben am Donnerstag in Bochum einen siebenundzwanzig Jahre alten Islamisten festgenommen. Dem deutschen Staatsbürger Halil S. wird vorgeworfen, die sogenannte Düsseldorfer Zelle als Mitglied unterstützt zu haben, deren Ziel es gewesen sein soll, im Auftrag von Al Qaida Terroranschläge in Deutschland zu begehen. Zugleich wurden im Auftrag der Bundesanwaltschaft in Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein-Westfalen sechzehn Wohnungen und zwei Geschäftslöcher durchsucht. Darunter seien die Wohnungen fünf weiterer Tatverdächtiger aus dem Umfeld des Beschuldigten gewesen, teilte die Bundesanwaltschaft mit. Die Al-Qaida-Führung in Af-

ghanistan verfolge das Ziel, in Europa Terroranschläge zu verüben. Zu diesem Zweck hat sie einige ihrer Mitglieder zu Attentatern ausgebildet und damit beauftragt, Sprengstoff- und Schusswaffenanschläge zu begehen – darunter den gesondert verfolgten Abdeladim El-K. Nach den bisherigen Ermittlungen erhielt El-K. im Frühjahr 2010 von einem ranghohen Al-Qaida-Mitglied den Auftrag, eine Islamisten-Zelle für die Begehung von Terroranschlägen aufzubauen. Ende April 2011 versuchten Abdeladim El-K. und Jamil S. in einer Wohnung in Düsseldorf einen Zünder für eine Bombe herzustellen. Die Bundesanwaltschaft ließ darauf Abdeladim El-K., Jamil S. und Amid C. am 29. April 2011 festnehmen. Auch Halil S. soll für das Anschlagsvorhaben rekrutiert worden sein.

Fortsetzung von Seite 1

Sarkozy: Mehr Disziplin

Vertreter vieler EU-Staaten waren zu Gipfelbeginn der Auffassung, dass auch zusätzliche Rettungsmaßnahmen beschlossen werden müssten, um die „Brandmauer“ zum Schutz angeschlagener Eurostaaten zu erhöhen. Auch Obama habe darauf abernahms gedrungen, hieß es. Berlin lehnt das ab. Diplomaten äußerten sich skeptisch bezüglich der deutschen Chancen, sich auf beiden Feldern – der Vertragsänderung und der Brandmauerverstärkung – durchzusetzen.

Frau Merkel und Sarkozy haben auch einen Sondervertrag der 17 Euro-Staaten vorgeschlagen, falls eine ordentliche Vertragsänderung an britischem Widerstand scheitern sollte. In einem Gespräch mit Frau Merkel und Sarkozy erhob der britische Premierminister Cameron abermals die Forderung, dass bei einer Vertragsänderung auch ein britisches Vetorecht in Finanzmarktfragen geschaffen werde. Dies galt unter den Teilnehmern als kaum erfüllbar. Der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Premiermi-

nister Juncker, sagte, wenn es Länder gebe, die dem Euroraum nicht auf der Suche nach einer besseren europäischen Architektur folgen wollen, „dann machen wir es mit einem Vertrag für die 17“. Der niederländische Ministerpräsident Rutte sagte dagegen, die Union der 27 müsse zusammengehalten werden. „Es ist von größter Wichtigkeit, dass wir Länder wie Großbritannien, Schweden, Polen und das Baltikum einbinden.“

Vor Beginn des Treffens trafen sich in Brüssel in kleiner Runde Frau Merkel, Sarkozy, Juncker, Barroso, Van Rompuy, EZB-Präsident Draghi und die Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde. Diplomaten berichteten, es werde auch darüber geredet, ob die EU zur Aufstockung der Mittel des IWF beitragen könnte, aus denen Programme für europäische Krisenländer finanziert werden sollen. Die Rede war von 200 Milliarden Euro. Diese Frage sei aber noch nicht entscheidungsreif.



Müssen nur noch kurz den Euro retten: Merkel und Barroso in Marseille Foto ddpd

STIMMEN DER ANDEREN

Der Euro? Keiner wagt es auszusprechen
Die Tageszeitung „Le Monde“ (Paris) äußert zu Szenarien über eine Aufspaltung der Eurozone:

„Keiner wagt es auszusprechen, doch viele bereiten sich darauf vor. Eine Aufspaltung der Eurozone in einen nördlichen und einen südlichen Teil oder der Ausschluss einiger ihrer Mitglieder gehört nun zu den fiktiven Wirtschaftsszenarien, wie sie manche Fachleute ausmalen. Dazu müsste freilich eine Fülle negativer Elemente zusammenkommen: dass die europäischen Politiker zu lange zögern, um die geeigneten Mittel gegen die Krise einzusetzen, dass die Europäische Zentralbank EZB die Geduld verliert und undisziplinierte Länder nicht mehr unterstützen will und dass etwa Spekulant konzentrierte Angriffe in Richtung der italienischen Staatsschulden starten ... Und dann? ... Ganz Europa könnte dann für mindestens drei Jahre in eine tiefe Rezession sinken.“

Dunkle Ausblicke in Dänemark
Das Blatt „Berlingske Tidende“ (Kopenhagen) meint zum Erscheinungsbild der EU in der Finanzkrise:

„Das fehlende Handeln der Europäischen Union (EU) hat ohne Zweifel die Möglichkeiten für ein schnelles Überwinden der Krise durch die europäischen Länder verschlechtert. Egal wie der Gipfel der EU ausgeht – es wird sich weiterhin alle Aufmerksamkeit darauf richten, ob es die Union am Ende doch noch schafft, ihr Schuldenproblem glaubwürdig unter Kontrolle zu bringen. Am schlimmsten nämlich ist, dass der Ruf der EU in einem solchen Maß gelitten hat, dass es künftig möglicherweise schwer werden kann, überhaupt Kapital für Investitionen in Europa zu sichern.“

Paris predigt Wasser und trinkt Wein
Die „Neue Zürcher Zeitung“ wirft Paris vor, wichtige Reformen auf die lange Bank zu schieben:

„Frankreich steht heute in jeder Hinsicht deutlich schlechter da als beim Amtsantritt Sarkozys 2007. Staatsdefizit und Schulden sind erheblich gestiegen, das Außenhandelsdefizit steuert auf einen Rekordwert von 75 Milliarden Euro zu. Die Verantwortung für diese Entwicklung trägt der Präsident, der mit fast uneingeschränkter Macht regiert. Doch statt Reformen durchzusetzen, startete er mit umfangreichen Steuer- und Abgabensenkungen und setzt auf staatliche Industriepolitik sowie eine Staatsanleihe zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen. Die Opposition ist jedoch nicht viel überzeugender, wenn sie trotz der dramatischen Haushaltslage ... 60 000 neue Stellen im Bildungswesen schaffen will.“

Cameron soll sich nicht mehr verhecken
Die Tageszeitung „The Times“ (London) fordert eine klarere Haltung Großbritanniens zur Euro-Krise:

„Angela Merkel und Präsident Sarkozy wollen als Antwort auf die Euro-Krise eine stärkere Integration der EU. Die Partner außerhalb des Euro sollen kooperieren. Merkel und Sarkozy möchten die EU-Institutionen für die Stützung der Eurozone einsetzen. Sie wollen jedoch, wenn nötig, auch mit einem verkleinerten Kreis vorangehen. Und was ist unsere Antwort darauf? Regierungschef Cameron kann vielleicht nichts Genaueres über die Verhandlungen jetzt in Brüssel sagen, doch könnte er eine klarere Vorstellung über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten entwickeln. London muss die Union mitgestalten, sonst wird die EU Großbritannien umformen.“

Ein Europa jenseits der Krisen
Im Wiener Massenblatt „Kurier“ heißt es nach der gesetzlich beschlossenen Schuldensbremse für Österreich:

„Die Freiheitlichen, früher einmal eine Europa-Partei, sehen ja seit dem Beitritt zur EU nur Schrecken und Unheil über unser Land kommen. Dass Österreich heute die höchste Beschäftigung verzeichnet, wird gerne verschwiegen ... Das Arbeitsmarktservice überlegt, wie wir gut ausgebildete Arbeitskräfte zu uns holen können. Die Deutschen, die ebenfalls unter Fachkräftemangel leiden, sind da schon ein Stück weiter. So wird Europa langsam, aber doch einen gemeinsamen Arbeitsmarkt bekommen ... Auf diese Weise entsteht ein Europa jenseits von Krisen, Ratings und Vertragsdiskussionen.“

Ohne unser Geld
Auch die „Berliner Morgenpost“ wartet mit einer europäischen Bestandsaufnahme auf:

„Ohne Deutschland geht derzeit nichts mehr in Europa. Ohne unser Geld wäre der Euro am Ende. Trotzdem war der Ärger über die Deutschen in Europa selten größer als heute. Man mag es nicht, wenn Berlin den Takt vorgibt. Kanzlerin Merkel sollte sich davon nicht beeindrucken lassen. Wir brauchen uns nicht wegzuducken, uns nicht zu schämen, nur weil Deutschland im Moment ziemlich allein dasteht. Natürlich war das ‚alte‘ Europa eine Erfolgsgeschichte: Frieden, Freizügigkeit und Stabilitätsexport in ehemals kommunistische Länder. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Europa, das waren eben auch die unverantwortliche Anhäufung von Schulden, eine sinnlose Ausgabenpolitik und ineffiziente Wirtschaftsstrukturen in einigen Ländern.“

Bonn und Berlin – nur eine Frage der Zeit
Der Berliner „Tagespiegel“ schreibt zum Umzug des größten Teils des Verteidigungsministeriums von Bonn nach Berlin:

„Höchste Zeit ist's, längst fällig, und doch wieder nur ein halber Schritt: Der größte Teil des Verteidigungsministeriums wird von Bonn nach Berlin verlagert. Endlich ... Für die Befürworter eines Komplettzugs wird es Anlass sein, neuerlich die Diskussion über das Bonn-Berlin-Gesetz zu befeuern. Und zwar zu Recht. Das Gesetz ist ein Anachronismus. Die Aufteilung zahlreicher Bundesministerien auf zwei Dienstsitze, die 480 Kilometer Luftlinie trennen, ist – Videokonferenzen hin, Telefonschaltungen her – ineffizient und teuer. Die Verlegung und Zusammenfassung aller Dienstsitze in Berlin ist nur eine Frage der Zeit.“

Bio ist besser
Die Berliner „tageszeitung“ (taz) befasst sich mit der Festnahme mutmaßlicher Fälscher von Bio-Lebensmitteln in Italien:

„Gemessen an den jährlich sechs Milliarden Euro Umsatz mit Biolebensmitteln insgesamt bleibt Betrug ein Randphänomen. Auch die regelmäßigen Pestiziduntersuchungen der Behörden zeigen: Die Mehrzahl der Produkte mit Biosiegel ist tatsächlich bio. Unabhängig von allen Skandalen schadet Ökolandwirtschaft der Umwelt weit weniger als ihre konventionelle Konkurrenz. ... Diese Vorzüge sollten die Verbraucher in der Aufregung um den jüngsten Betrugsandal nicht vergessen ... Unterm Strich ist Öko keineswegs so mangelhaft wie die konventionelle Alternative. Sondern besser.“